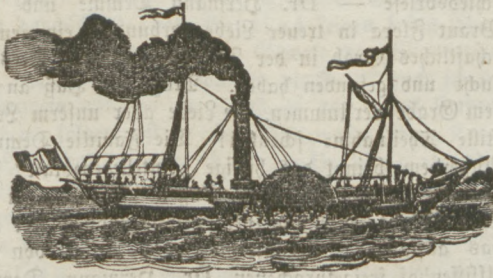


# Danziger Dampfboot.

№ 279.

Montag, den 28. November.



1864.

33ter Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzelle 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Reitemeyer's Centr.-Btg.-u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Algen & Fort. G. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haasenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

Altona, Sonntag 27. November.

Nach der heutigen „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“ ist den hiesigen betreffenden Behörden die offizielle Anzeige zugegangen, daß der Rückmarsch der preussischen Truppen sistirt worden und daß in Allem 6 Bataillone Infanterie, 1 Husarenregiment und der Stab der Brigade bis auf Weiteres hier verbleiben werden. Wie es heißt, würde Prinz Friedrich Carl mit seinem Stabe heute hier eintreffen. Die gestern nach Hamburg abgegangenen preussischen Truppen sind heute hieher zurückgekehrt.

Rembsburg, Sonntag 27. November.

Soeben sind 1 Bataillon Hannoveraner und 2 Compagnien Sachsen mit einem preussischen Musikcorps an der Spitze, und von dem preussischen Stabe empfangen, hier eingerückt und beziehen Quartiere im Neuwerk.

— Wie offiziell gemeldet wird, besetzen die Bundes-truppen selbstständig einen Stadttheil ausschließlich, unabhängig von dem Commando der alliirten Truppen.

Frankfurt a. M., Sonnabend 26. Novbr.

Die „Frankfurter Postzeitung“ meldet in einem Telegramm aus Wien, Fürst Hohenzollern habe dem Kaiser ein Schreiben des Königs von Preußen überbracht, welches die Hoffnung auf ein dauerndes Einvernehmen auf der bereits gewonnenen Grundlage ausdrückt.

Wien, Sonnabend 26. November.

Der Abreisetwurf ist heute an die Abgeordneten vertheilt worden, und wird am nächsten Dienstag zur Verhandlung gelangen.

Der Entwurf erkennt in der jährlich wiederkehrenden Wirksamkeit des engeren Reichsrathes ein in der Verfassung begründetes Recht, und hält die regelmäßige Wiederkehr für unentbehrlich.

Der Entwurf beklagt die Unterbrechung der verfassungsmäßigen Thätigkeit in einigen Theilen des Reiches; ein entschiedenes Vorgehen zur Beseitigung dieser Zustände würde das Vertrauen wiederbeleben.

Die ungesäumte Einberufung der Landtage Ungarns und Kroatiens nach dem Abschlusse der Aufgaben des Gesamtreichsrathes sei unerlässlich, der Zusammentritt der Landtage des lomb.-venetianischen Königreichs wie Galiziens werde in nicht fernem Zukunft erhofft.

Die Herstellung und Befestigung eines gesicherten dauernden Friedens erkennt das Haus als unverrückbares Ziel der Regierung und glaubt zuversichtlich, die Regierung werde im Zusammenwirken mit dem deutschen Bunde den Herzogthümern zu ihrem vollen Rechte in der Erbfolge und der selbstständigen Ordnung ihrer Angelegenheiten verhelfen. Es wird die Unterstützung der Regierung, welche den bundesrechtlichen Sonderbestrebungen entgegengetreten und durch Reformen in der Bundesverfassung die Bande, welche Oesterreich an Deutschland fesseln, enger knüpfen, freudig begrüßt.

Das Haus erwartet die Darlegung der Gründe und Mittheilung der Erfolge des Ausnahmezustandes und wünscht, daß dessen etwaige Nothwendigkeit baldigst fortfalle; es hält die völlige Umkehr zu einer strengen Regelung der Staatsausgaben und namentlich Reducirung der Ausgaben für die

Armee und Flotte unverzüglich für nöthig; es behält sich Beschlusfassung über die Zulässigkeit einer Feststellung des Budgets für das Jahr 1866 vor bis zu dem Zeitpunkt der wirklichen Vorlage.

Ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister ist eine der dringendsten Ergänzungen der constitutionellen Staatseinrichtungen Oesterreichs.

Das Haus bedauert ferner, daß die Regierung noch nicht in der Lage sei, Resultate über die Verhandlungen in der handelspolitischen Frage vorzulegen und erwartet, daß die Nachtheile der bisherigen Erfolglosigkeit der Verhandlungen durch die in Aussicht gestellten Veränderungen in der Zollgesetzgebung sich werden verringern lassen.

Der Entwurf betont schließlich die Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung der volkswirtschaftlichen Interessen und eines neuen Eisenbahnkonzessionsgesetzes, erhofft auch die Regelung der konfessionellen Verhältnisse.

— In der gestern abgehaltenen Sitzung des zur Rogawski'schen Untersuchung niedergesetzten Ausschusses des Unterhauses lehnte das Ministerium den Antrag auf eine Rechtfertigungsschrift wegen des in Galizien herrschenden Ausnahmezustandes ab und versprach dagegen, freiwillig alle nur thunlichen Erleichterungen im Ausnahmezustande eintreten zu lassen.

Brüssel, Sonntag 27. November.

Die „Independance“ meldet aus Paris, Herr de Clerq werde als Vertreter Frankreichs bei den bevorstehenden Konferenzen zu der Mobilisation des preussisch-französischen Handelsvertrages nach Berlin gehen.

— Der Sekretär des Kaisers, Mocquard, ist sehr bedenklich erkrankt.

Petersburg, Sonntag 27. November.

Die „Moskauer Zeitung“ sagt, daß die Interessen Rußlands in der venetianischen Frage die Unterstützung Oesterreichs fordern. Rußland müsse versuchen die durch die September-Konvention hervorgegangene Aktion auf Rom zu lenken. Rußland dürfe Oesterreich über seine Gesinnung nicht in Zweifel lassen und werde so zur Erhaltung des Friedens beitragen.

— Nach der „Deutschen Petersburger Zeitung“ haben die russischen Truppen nicht die Stadt Chodand, sondern die zwei Breitegrade nördlicher liegende Stadt Tschakent genommen; als Motiv der Expedition wird Züchtigung für Räubereien angegeben.

Berlin, 26. November.

— Die officiöse „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt folgende auffällige Nachricht: „Den preussischen Truppen, soweit sie den Boden der Herzogthümer noch nicht verlassen haben, ist der Befehl zugegangen bis auf Weiteres dort zu verbleiben. Die 13. Division, welche bei Minden concentrirt ist, soll dort stehen bleiben; die 6. Division, welche größtentheils schon auf preussischem Boden angelangt ist, wird bei Berlin concentrirt.“

— Der König wird nach Ankunft sämtlicher Truppen der combinirten Garde-Infanterie-Divisionen am 1. Dezember eine Parade über dieselben abhalten, wozu die Truppen längs der Charlottenburger Chaussee aufgestellt werden sollen; nach der Bestimmung wird dann der Einmarsch durch das Brandenburger Thor und hierauf vor dem Opernhaus der Parademarsch stattfinden.

— Die hiesigen Stadtverordneten haben den Beschluß gefaßt: daß die städtischen Behörden sich am 1. Dezember in corpore am Brandenburger Thor versammeln, um an der Parade Theil zu nehmen. Das Brandenburger Thor und die Lindenallee sowie alle Straßen, durch welche die Truppen einziehen, sollen festlich geschmückt werden. Die Bürgerschaft soll zu einer festlichen Ausschmückung und Illumination der Häuser aufgefordert werden. Die einrückenden Mannschaften sollen als Zuschuß zu ihrer Verpflegung, der Gemeinde 10 Sgr., der Unteroffizier 1 Thlr. erhalten. An diesem Verpflegungszuschusse sollen die Soldaten des 35. und 60. Infanterie-Regiments — gleichviel, ob sie hier einrücken — Antheil nehmen.

— Hier ist die Rede von Unterhandlungen, welche die Hansestädte wegen Abschlusses eines neuen Handels- und Schifffahrtsvertrages mit der kaiserlichen Regierung anzuknüpfen beabsichtigen.

— Wie die „Militärischen Blätter“ mittheilen, haben die zur Besetzung von Schleswig-Holstein abrückenden preussischen Regimenter sich so einzurichten, daß sie vorläufig 3 Jahre in den Herzogthümern verbleiben.

— Ein berühmter europäischer Finanzmann sprach jüngst seinen Glückwunsch und seine Bewunderung in Bezug auf die preussischen Finanzen mit den Worten aus: „Alle Staaten machen Schulden, Preußen führt Krieg und hat noch Geld übrig.“ Der hier citirte Finanzmann ist übrigens Hr. von Rothschild in Paris, welcher sich in der angegebenen Weise bei der dortigen Anwesenheit des Herrn von Bismarck geäußert hat.

— Die „Voss. Ztg.“ bespricht in mehreren Artikeln eine schon im Jahre 1846 veröffentlichte Schrift des Prof. Dr. Helwing über die Erbansprüche des Königl. Preuss. Hauses in den Herzogthümern Schleswig-Holstein. Hierüber schreibt man dem „Hamb. Corr.“ „Außerordentliche Sensation erregt die in der „Voss. Ztg.“ zuerst wieder hervorgerufene Erinnerung an die Erbansprüche der Hohenzollern auf Schleswig-Holstein und man fragt sich, wie denn eine solche Thatsache so lange ruhen konnte. Professor Helwing hat dieselbe schon zu einer Zeit auseinandergesetzt, als man noch gar nicht an baldige Eröffnung der Erbfolgefrage dachte, und man hat seit einem Jahre still geschwiegen. Helwing deducirt: die brandenburgischen Ansprüche beziehen sich nicht allein auf Holstein, sondern vielmehr auf die ewig mit einander verbundenen Herzogthümer Schleswig-Holstein, in Folge einer hausgesetzlichen Bestimmung des Hauptes der herzoglichen Familie, eines Familien-Vertrages zwischen dem schleswig-holsteinischen und dem kurbrandenburgischen Hause. Ferner besteht eine oberlehnsherrliche Anerkennung jenes Vertrages zu Gunsten der kontrahirenden Familien (Kaiser Maximilian I., Karl V.) endlich hat eine kaiserliche Anwartschaft eine Lehn-Erspectanz dafür erteilt. König Johann I. von Dänemark hat nämlich seine Tochter Elisabeth im Frühling 1502 mit dem Kurfürsten Joachim von Brandenburg vermählt und es liegen darüber zwei Urkunden von 1500 und 1502 vor, welche Dänemark 1508, Kaiser Maximilian am 10. Mai 1517 für Holstein wie hinsichtlich Schlesiens bestätigte. Die Descendenten der Kurfürstin Elisabeth sind es, welche Erbansprüche haben und die Familie Holstein-Brandenburg ist es, um die es sich nunmehr handelt. Helwing bringt die wichtigsten Urkunden darüber.

— Zwischen der hiesigen und der Wiener officiösen Presse herrscht entschieden keine Einheit der

Auffassung in der Executionsfrage. Von höchst beachtungswerther Seite geht uns nun die folgende Mittheilung über den Standpunkt des Wiener Cabinets in dieser, wie in der schleswig-holsteinischen Frage überhaupt zu, die wir für völlig authentisch zu halten Grund haben. Oesterreich ist völlig einig darüber, daß die Bundesexecution aufzuhören habe. Während man aber hier verlangt, daß die mit der Execution beauftragten Regierungen ihre dazu verwendeten Truppen aus Holstein herausziehen und dann dem Bunde die Anzeige davon machen sollen, geht die österreichische Auffassung dahin, es habe erst der Bund die Aufhebung der Execution und den Abmarsch der Truppen anzuordnen und ebenso das in Folge dessen einzurichtende Provisorium zu bestimmen. Was die Beschaffenheit des Letzteren anbelangt, so legt man in Wien darauf keinen erheblichen Werth, weil man die schleunige Einsetzung des Definitivums und zwar in der Person des Herzogs von Augustenburg als einzig berechtigten Erben verlangt. Gegen gewisse Preußen einzuräumende Vortheile, wie z. B. den Abschluß einer Marineconvention würde Oesterreich nichts einzuwenden haben. Wir bemerken hiezu, daß Oesterreich mit diesem Standpunkte, in dem es das Recht des Bundes wahr, den Forderungen der Mittelstaaten Genüge thut, während es in seinen eigenen Forderungen in Betreff Einrichtung des Provisoriums um so mehr sich entgegenkommend zeigen kann, als in jedem Falle österreichische Truppen bis zur definitiven Aenderung der dortigen Verhältnisse in den Herzogthümern bleiben. Daß der österreichische Standpunkt von dem bis jetzt hier festgehaltenen wesentlich abweicht, liegt auf der Hand.

Wien, 25. November. Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt den Bericht über die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher Staatsminister von Schmerling die vorgebrachte Interpellation „Gedenkt die Regierung dem Reichsrathe noch in dieser Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister auch der Reichsvertretung gegenüber zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen?“ beantwortete. Derselbe äußerte sich dem genannten Blatte zufolge also:

„Ich habe die Ehre, im Namen der Regierung diese Interpellation dahin zu beantworten, daß es nicht die Absicht der Regierung sei, in der gegenwärtigen Session dem Reichsrathe einen Gesetzentwurf über die Regelung der Ministerverantwortlichkeit vorzulegen, weil sie erwartet, daß durch die Vorlage und Berathung dieses Gesetzes die noch schwebenden Verfassungs-Angelegenheiten minder befördert als vielleicht verzögert werden dürften und weil sie es überhaupt für durchaus opportun erachtet, erst dann ein so wichtiges Gesetz der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen, wenn die Reichsversammlung in allen Theilen des Reiches thatsächlich zur Geltung gekommen ist. Daß die Frage an und für sich noch nicht eine vollkommen geklärt ist, zur Bekräftigung dieser meiner Anschauung darf ich nur auf die Thatsache hinweisen, daß weder über die Personen, die von einer Verantwortlichkeit getroffen werden sollen, noch über die legislativen Körperschaften, welchen gegenüber die Verantwortlichkeit Platz greifen soll, zur Zeit eine eigentliche Klarheit herrscht, indem es nämlich Gegenstand einer sehr weitläufigen Erörterung in manchen Kreisen gewesen, daß auch die Statthalter den Landtagen gegenüber als verantwortlich erklärt werden sollen. Insofern übrigens in der wiederholt an die Regierung gerichteten Interpellation und insbesondere in dem Schlusse indirekt gegen die Regierung der Vorwurf erhoben wird, als würde das eigentliche Verfassungsleben durch die Nichtbringung des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes verzögert, muß ich mir die Freiheit erlauben, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses darauf zu lenken, wie denn überhaupt diese Frage in den anderen Verfassungsstaaten geregelt wurde. Um in der Richtung vor allem an die deutschen Staaten zu gelangen, bemerke ich, daß bei Preußen, welches bekanntlich seit dem Jahre 1848 eine Verfassung hat, zur Zeit kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz besteht, daß in Bayern, welches schon im Jahre 1818 eine Verfassung erhielt, das Ministerverantwortlichkeitsgesetz erst am 4. Juli 1848, also nach 30 Jahren des Verfassungslebens gegeben wurde, daß im Königreich Sachsen das Ministerverantwortlichkeitsgesetz erst im Jahre 1831, im Königreiche Hannover das Ministerverantwortlichkeitsgesetz erst am 5. September 1848 erschienen ist, während doch alle diese Staaten, wie bekannt, durch längere Zeit einer Verfassung sich erfreuten; daß auch — um der kleineren deutschen Staaten nicht Erwähnung zu machen — in Belgien allerdings in der Verfassung der Grundlag der Ministerverantwortlichkeit enthalten ist, wie er ja hier auch von Sr. Majestät feierlich anerkannt worden ist, daß aber zur Zeit eine eigene Regelung der Ministerverantwortlichkeit auch im Königreiche Belgien nicht besteht; daß die niederländische Verfassung allerdings im Artikel 73 den Wortlaut enthält, daß die Minister verantwortlich sind, daß aber speziell der Paffus vorkommt, die Art der Ministerverantwortlichkeit wird durch ein Gesetz geregelt werden, und daß dieses Gesetz zur Zeit noch nicht erlassen ist, soweit es mir möglich war, darüber Nachforschungen zu pflegen; und daß, wenn ich endlich noch auf zwei europäische, wenn auch gleich fernher liegende Länder gelange, die auch durch eine Reihe von Jahren unter die Verfassungsstaaten gehören, nämlich Portugal und Spanien, überall in der Verfassung die Bestimmung enthalten ist, daß die

Minister verantwortlich seien, während ein ausführlicher Artikel die nähere Bestimmung einem speziellen Gesetze vorbehält. Aus diesen Daten dürfte sich daher ergeben, daß, so sehr wünschenswerth es auch sein mag, daß die angeregte Frage in gesetzlicher Weise geregelt werde, sich doch nicht behaupten läßt, daß es unzertrennlich von der eigentlichen Entwicklung des constitutionellen Prinzips sei.“

Bern, 22. Nov. Die Gerüchte von dem Tode des Dr. H. Demme und seiner Braut sind leider nur zu wahr. Die Eltern der Unglücklichen veröffentlichten in den hiesigen Localblättern heute folgende Todesanzeige: „Freunden und Feinden die erschütternde Kunde: daß — laut erhaltenem Abschiedsbriefe — Dr. Hermann Demme und seine Braut Flora in treuer Liebe verbunden, ein gemeinschaftliches Grab in der Tiefe des Genfer Sees gesucht und gefunden haben. Möge der Haß an diesem Grabe verstummen, die Liebe aber unserm Leiden stille Theilnahme schenken! Die Familie Demme.“ Außerdem bringt das hiesige „Intelligenzblatt“ Folgendes: „In den letzten Tagen circulirten in hiesiger Stadt Gerüchte der befremdendsten Art über das auffallende Verschwinden des jüngst von dem Affissenhof freigesprochenen Dr. Hermann Demme, dessen bereits verkündete Vermählung mit seiner jungen Braut Flora Trümph noch einige formelle Hindernisse von Seiten der Heimathgemeinde der letzteren entgegenstanden haben sollen. Inzwischen trat das Brautpaar ohne Wissen und Willen der nächsten Angehörigen, wie es heißt, plötzlich eine Reise über Freiburg, Bülle, Bivis nach Duchs an, bis wohin es der eifrigsten Nachforschung gelang, die Spur zu verfolgen und wo sodann leider die Körper der beiden unglücklichen jungen Leute, die mit Hinterlassung eines Abschiedsbriefes vereint den Tod gesucht und gefunden, aus der Tiefe des Sees gezogen wurden. Ueber die Verunstaltung der Reise courtois merkwürdige Berichte. Wie es scheint, ist dieselbe von Herrn Demme und seiner Braut ohne alle Geldmittel angetreten worden. Von Bülle aus, wohin sie in einem zweispännigen Wagen gelangten, geschah die Reise zu Fuß und man will die Beiden, namentlich das junge Frauenzimmer in ganz zerrissenem Schuhwerk gesehen haben. (Der ca. 6 Stunden weite Weg ward bei Regenwetter zurückgelegt.) Daß ein solcher Ausgang des furchtbaren Dramas, das in der letzten Zeit vor dem hiesigen Affissenhof sich entrollte, die ganze Stadt in die größte Bestürzung und Aufregung versetzt, kann man sich denken; wie denn auch das Mitgefühl und die Theilnahme für die Familie eine tiefe und allgemeine ist.“

Paris, 25. Nov. Auf Veranlassung der Commission des Staatsraths welche sich mit Begutachtung der Frage über die Aufhebung der Wuchergesetze beschäftigt, sind nunmehr auch die verschiedenen Obergerichte beauftragt sich in Betreff dieser Angelegenheit gutachtlich vernehmen zu lassen.

Die neuerdings nahezu maßlos gewordene Sprache der römischen Blätter über die Septemberconvention hat zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben, daß der französische Gesandte am päpstlichen Hofe sich dieserhalb im Auftrage seiner Regierung beim Cardinal Antonelli beschwert habe. Die „Patrie“ glaubt diesem Gerüchte widersprechen zu können und aus bester Quelle zu wissen, daß officiële Reclamationen dieserhalb nicht an den päpstlichen Staats-Secretär gelangt seien.

In Nantes eingetroffene Newyorker Briefe wollen wissen, daß der mexicanische Präsident Juarez Kaperbriefe auszugeben beabsichtigt und daß bereits in Newyork drei Kaperschiffe ausgerüstet würden, welche es hauptsächlich auf die Dampferlinie zwischen St. Nazaire und Vera-Cruz abgesehen hätten. Das „Pays“ erklärt jedoch diese Nachricht für unbegründet.

London, 21. Nov. Wenn das finanzielle Donnerwetter, das so lange über unserem Geldmarkte hing und selbst den furchtlosesten Geldmann zu erschrecken begann, wirklich vorüber gezogen ist, und wir außer den vereinzelten, lustreuzenden Blitzen und Schlägen nichts mehr zu gewärtigen haben als einen anhaltenden, milden Gold- und Silberregen, unter dessen befruchtendem Einfluß das niedergeschlagene Vertrauen üppig in die Höhe schießen und die gehörig begossene Speculation die zauberhaftesten Blüten treiben und die appetitlichsten Früchte zur Reife bringen wird — so wäre es grausam, die heiteren Phantasien des Staatsgläubigers, der schon die Consols im herzerfreudigsten Sonnenschein glänzen und selbst die österreichischen und italienischen Staatspapiere in Frieden und Solvenz entsprechenden Regenbogenfarben schillern sieht, durch kritische Zweifel zu trüben. So viel ist unter allen Umständen gewonnen, daß das Publikum eine sehr verständliche Mahnung zur Vorsicht erhalten hat und sich selbst

die Folgen zuschreiben haben wird, wenn es dieselbe abermals in den Wind schlägt. Es hat den Anschein, als wenn John Bull für einige Zeit wenigstens von den gemachten Erfahrungen profitiren wollte, denn er ist in Geldsachen sehr zähe und ungemüthlich geworden und Regierungen, welche wie die österreichische, italienische und russische bei ihren chronischen Anleiheprojecten etwa auf den englischen Geldmarkt rechnen, werden bald erfahren, daß sie die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben. Namentlich von dem Bankswindel, der während der ersten Hälfte dieses Jahres in so bedenklichen Symptomen austrat, scheint das Publicum curirt zu sein, aber starke Dosen waren nöthig, um die heilsame Reaction zu Stande zu bringen. Zu den stärksten Dosen gehört wohl die, welche gegenwärtig unter der Ueberschrift: „Die großen Bankbetrügereien“ in unserer Presse annoncirt wird. Vor dem Polizeigerichtshof des Mansionhouse stehen Geschäftsführer und Secretär der London und Middlesex Bank und Unity Bank, welche kurz vor ihrem Falle vereinigt wurden, angeklagt, „einen falschen und betrügerischen Bankausweis veröffentlicht und durch dieses und andere Mittel die Actionäre um 140,000 Pf. Stel. betrogen zu haben.“ Der Trick, durch glänzende Rechnungsabschlüsse leichtgläubige Actionäre zu fangen und um ihr Geld zu bringen, hat sich so oft bewährt, daß er noch immer die beliebteste Resourcel aller Schwindlercompagnien bildet. Je schlechter die Angelegenheiten einer Actiengesellschaft stehen, desto verlockender erscheinen sie in ihren Reclamen und gedruckten Rechnungsabschlüssen. Zu wundern hat man sich dabei nur, daß solche Betrügereien von den amtlich bestellten Revisoren und dem Directors Collegium autorisirt werden. Auch in diesem Falle sind die Directoren wieder unschuldige Lämmer, die von ihrem gewissenlosen Geschäftsführer zur Schlachtbank geführt werden.

## Sofales und Provinzielles.

Danzig den 28. November.

† [Nachtrag zur Vorbesprechung für die Stadt-Verordneten-Wahlen der ersten Abtheilung der Gemeinbewähler am vorigen Donnerstag].

Wie bereits mitgetheilt, bestand die Versammlung aus etwa 70 Personen. Nachdem der Herr Vorsitzende, H. A. Koepell, die Versammelten aufgefodert hatte, Candidaten vorzuschlagen, wurden genannt die Herren: Kaufmann S. Gibione, Kaufm. Weinberg, Fuhrherr Kuhl, Kfm. H. Haussmann, Rentier Casar Gamm, Kfm. E. Stobbe, Gutbes. Arnold, Consul Brinkman, Kaufm. J. F. Hennings, Geh. Reg. Rath Maquet, Kfm. L. Köhne, Schiffs-Arbeiter Otto Link, Kaufm. Bertram, der pract. Arzt Dr. Julius Semon, Kfm. J. M. Hein, Rechts-A. E. K. Kfm. M. A. P. Schiffbau-Diöp. Vehlrow, Kfm. und Brauereibes. Koloff, Apotheker Körner, Brauereibes. Achill Fischer, Kfm. E. Wegner, Kfm. Georg Baum, Kfm. G. Pape, Badeanstaltbes. Jansen, Kfm. Ph. Albrecht, Justiz-R. Martens, Kfm. Zimmermann (Fischmarkt), Fabrikbes. Carl Steimmig, Com. Rob. Otto, Schiffsbaustr. Klawitte und der pract. Arzt Dr. Bredow. — Hierauf bat Herr Justiz-R. Martens, seinen Namen aus der Liste der vorgeschlagenen Candidaten zu streichen, indem er sich außer Stande fühle, eine etwa auf ihn fallende Wahl anzunehmen. Gleichfalls wurden die Namen der Herren Dr. Bredow, Carl Steimmig, Albrecht und Pape auf Grund der theils von ihnen selbst, theils von ihren Freunden abgegebenen Erklärung, daß sie eine auf sie fallende Wahl ablehnen müßten, aus der Liste gestrichen. — Der Herr Vorsitzende hielt es nunmehr für angemessen, einen Vorkühler in Bewegung zu setzen, um zu ermitteln welche Namen die meisten Sympathien für sich haben möchten. Es wurde darauf beschlossen, daß jeder Name, welcher eine Unterstützung von 25 Stimmen erlange, für die Zettelwahl zu berücksichtigen sei und daß dann eine kurze Besprechung über ihn eintreten solle. Nachdem zuerst Herr S. Gibione genannt worden war, ergriff Herr Dr. Liebin das Wort, um denselben zu empfehlen. Hr. Gibione, sagte er, habe stets seine Meinung frisch und entschieden ausgesprochen und sich als ein Character bewährt. Ein solcher Mann verdiene auch in dem Falle die volle Achtung und Berücksichtigung, wenn man mit ihm nicht derselben Meinung sei. Ueberdies besitze Herr Gibione durch seine Kenntnisse und Erfahrungen die besten Eigenschaften zu einem Stadt-Verordneten. Hr. von Rottenburg fügte hinzu, daß das von Herrn Dr. Liebin Gefagte nur zu bestätigen sei und daß sich die Wahl des Herrn Gibione in jeder Beziehung empfehle. — Hr. Gibione erblet die überwiegende Majorität. — Für Hrn. Weinberg, der jetzt an die Reihe kam, ergriff Herr Biber das Wort und hob hervor, daß derselbe während seiner 6jährigen Wirksamkeit als Stadt-Verordneter stets mit der größten Gewissenhaftigkeit seine Pflichten erfüllt und sich der Commune nützlich gemacht habe. Herr Weinberg erhielt die überwiegende Majorität. — Für Herrn Kuhl sprach Herr Damm. Die Kenntnisse und Erfahrungen desselben seien besonders in Beziehung auf unser Feuerlöschwesen von Wichtigkeit. Ueberdies habe sich Herr Kuhl in seiner bisherigen Wirksamkeit als Stadt-Verordneter bewährt. Herr Koepell fügte hinzu, daß Herrn Kuhl's Wiederwahl um so wünschenswerther sei, als in Zukunft seine Thätigkeit noch nöthiger

werden würde. Herr Ruhl erhielt die Majorität. Für Herrn B. Hausmann ergriff Herr Biber das Wort. Derselbe habe sich durch seine bisherige Wirksamkeit als Stadt-Verordneter hinlänglich empfohlen und sich als ein durchaus uneigennütziger Character gezeigt. Als es sich vor einiger Zeit in der Stadt-Verordneten-Versammlung darum gehandelt, für die Herstellung eines Holzmassens zum Besten des Holzhandels große Summen aus den Mitteln der Commune zu bewilligen, sei es Herr Hausmann gewesen, der, obgleich er selber Holzhändler sei, energisch gegen die Bewilligung gesprochen. Bei dieser erprobten Uneigennützigkeit sei derselbe aber auch ein ganzer Mann, mit einem Worte: „ein Character.“ Für Herrn Casar Gamn Herr Bank-Director Schottler: Derselbe sei ein unabhängiger Mann, habe Zeit und guten Willen für die einem Stadtverordneten obliegenden Arbeiten. (Majorität). — Für Hr. Hein, der die große Mühle in Pacht hat, Hr. Pape: Er bestehe die Eigenschaften, welche einem guten Stadtverordneten nöthig seien. (Minorität). — Für Hr. Geh. Regier.-Rath Maquet spricht Niemand. (Majorität). Gleichfalls erhebt sich keine Stimme für Herrn Bäckermeister Bekow. Für Hr. Gutsbesitzer Arnold, früher in Dierow, gegenwärtig hier im Poggenpfluh wohnhaft, ergriff Hr. A. Mombert das Wort: Derselbe habe Zeit und Intelligenz im hinreichenden Maße um sich den Interessen unseres Communalwesens nützlich zu machen. Hr. Schottler entgegnete, daß Hr. Arnold nicht wählbar sei, weil er in hiesiger Stadt noch nicht 1 Jahr lang gewohnt. In Folge dieser Entgegnung wird der Name des Hr. Arnold gestrichen. Hr. G. Stobbe empfiehlt Herr Stadtrath Durand als einen überzeugungstreuen Character. (1 Stimme Majorität). — Hr. Vertram erhält mehr als 25 Stimmen, Herr E. M. Köhne, der warm empfohlen wird, nur 21 Stimmen. Gegen Hr. Otto Link, der jetzt an die Reihe kommt, ergriff Hr. Biber das Wort. Derselbe habe sich, sagt der Herr Redner, bis jetzt noch in keiner Weise um Communal-Angelegenheiten bekümmert; es sei deshalb auch nicht zu erwarten, daß er durch die Wahl zum Stadtverordneten plötzlich seine ganze Denk- und Anschauungsweise ändern werde. Hr. Link entgegnete, daß mancher Stadt-Verordnete, bevor er gewählt worden sei, sich auch nicht um Communal-Angelegenheiten bekümmert, sich aber trotzdem in seinem Amte als Stadt-Verordneter tüchtig gezeigt habe. (Majorität). Hr. Otto Steffens empfiehlt Hr. Dr. Julius Semon mit warmen Worten. (20 Stimmen.) Hr. Dr. Lévin ergriff das Wort für Hr. Reichsanwalt Lipke. Hr. Redner, habe, sagt er, diesen in Vorschlag gebracht, weil derselbe nicht nur ein klarer im Vortrags gebracht, weil derselbe nicht nur ein klarer Kopf, sondern auch ein thatkräftiger Character sei. Als Vorsteher der Stadt-Verordneten in seinem früheren Wohnorte habe er zur Genüge gezeigt, daß er ein warmes Interesse für Communal-Angelegenheiten habe. (Minorität.) Für Hr. Magro Hr. Hasser: Derselbe sei ein Mann, der überall das Seine thue. (Majorität). Für Hr. Behlow Hr. Sibson: Derselbe sei eine rüthige Arbeitskraft; überdies sei es von Wichtigkeit, daß sein Fach in der Stadt-Verordneten-Versammlung eine Vertretung finde. (Majorität). Für Hr. Georg Baum ergriff Hr. Comm.-Rath Goldschmidt das Wort: Derselbe sei zwar noch jung, aber durch die Zahl seiner Jahre schon wählbar und besitze ein lebhaftes Interesse für Communal-Angelegenheiten. Daß er der Schwieger-sohn eines jetzigen Stadt-Verordneten, des Hr. Comm.-Rath Bischoff sei, seihe seiner Wahl nicht entgegen. Nach der Städte-Ordnung dürften nur Brüder nicht zusammen als Mitglieder in einer Stadt-Verordneten-Versammlung sitzen. (Minorität). — Hr. Klotz erhält die Majorität, Hr. E. Wagner 25 Stimmen, Hr. Körner 24 Stimmen, Hr. A. Fischer bleibt in der Minorität, dagegen erhält Hr. Zangen, empfohlen durch Hr. Stadtrath Mir, die Majorität. Hr. Zimmermann von Hr. Biber und Hr. Comm.-R. Rob. Otto von Hr. C. R. Bischoff auf das Wärmste empfohlen, bleiben in der Minorität. Das Resultat der Zettelwahl haben wir bereits am vorigen Freitag mitgetheilt. Der Verlauf der Versammlung war ein solcher, der bewies, daß von der Gediegenheit der Characteres die Würde des Mannes unzertrennlich.

B. Z. Den zweiten Vortrag zum Besten des Gustav-Adolph-Vereins hielt am 25. d. Herr Privat-Docent Dr. Mannhardt über Pontius Pilatus in Geschichte und Sage. Der Herr Vortragende rechtfertigt zuerst die Wahl seines Themas, indem er anführte, daß alle diejenigen Personen, welche zu dem Heilande Jesus Christus in nähere Beziehung getreten sind, von Interesse für uns sein müssen; sie werden uns eine Uebergangsbrücke von dem Festlande der gewöhnlichen Begebenheiten. Es wird sodann der politische Zustand des römischen Reiches unter den ersten Imperatoren Augustus und Tiberius in treffenden Zügen geschildert und hervorgehoben, wie von allen von den Römern unterjochten Völkern das kleine Judenland, welches damals zur römischen Provinz Syrien gehörte, allein sich dem römischen Kaisercultus widersetze und starr von dem von den Vätern ererbten Geseze festhielt. Es erforderte diese Provinz als kaiserlichen Verwalter einen Mann, der diplomatisch geschickt sowohl das hohe Ansehen des Imperators zu wahren, als auch jüdisches Gesez und Sitten zu achten verstand. Kaiser Tiberius schickte nach Valerius im Jahre 26 n. Chr. Pontius Pilatus als Procurator nach Palästina. Nach den Quellen der jüdischen Schriftsteller Philo von Alexandrine und

Flavius Josephus und den Nachrichten in den Evangelien zeichnet Herr Dr. Mannhardt sodann ein Characterbild des Pontius, der keineswegs aus einer hohen Adelsfamilie Roms stammte, sondern sich aus niederm Soldatenstande bis zur Würde eines Procurators hinaufgeschwungen hatte. Ein ächter Parvenü, war er gegen seine Untergebenen gebieterisch und hochfahrend. Philo wirft ihm vor, daß, weil sein Einkommen nach unserm Gelde berechnet, circa 30,000 Thlr., ihm nicht ausreichte, er zu Erpressungen und andern unerlaubten Handlungen griff und es ihm dabei auf einen Justizmord nicht ankam. Die Juden hatten bei verschiedenen Gelegenheiten schon durchschaut, daß Pontius keinen festen Character besäße, sondern der Gewalt der Bitte nachgebe. Diese Schwäche wußten die Juden auch schlaue zu benutzen und ihn zu vermögen, daß er das Urtheil zu dem folgenschwersten aller Justizmorde, dem Tode des Heilandes unterschrieb. Herr Dr. Mannhardt schilderte jedoch nicht allein den wetterwendischen Character des Pontius, sondern hob auch seine guten Seiten hervor, besonders bemerkte er, daß Pontius durch die Anlage der 5 Meilen langen Wasserleitung, welche auch den Tempel mit Wasser versah, sich Verdienste erworben. Die Abberufung Pontius von seiner Procuratorstelle, seine Verbannung, sein Tod zu Vienne in Gallien durch Selbstmord, bildete den Schluß des geschichtlichen Theils, worauf Herr Dr. Mannhardt den Sagenkreis der sich über Pontius gebildet hat näher beleuchtete. Von den Nachrichten der Kirchenväter Eusebius und Tertullian, ferner von der Acta Pilatii, die im 2. Jahrhundert entstand, von den Sagen über den Pilatus-Berg und -See bei Luzern, von dem Gedichte des 13. Jahrhunderts, welches den Pontius sogar zu unserm Landesmanne macht, indem er ein unehelicher Sohn eines germanischen Fürsten bei Mainz gewesen sein soll, machte Herr Dr. Mannhardt interessante Mittheilungen, welche die Zuhörer in gespanntester Aufmerksamkeit erhielten.

+ Der Apollosaal — in welchem gestern auf dem Schwiegerling'schen Kunstfiguren-Theater Pervonto oder die Wünsche gegeben wurde — war fast zu klein, um das schau- und lachlustige Publikum zu fassen. Erregten schon in dem Stücke selbst die Verwandlungsscenen große Heiterkeit, so nahmen die Acteurs im Ballet und die Metamorphosen die Sinne so vollständig gefangen, daß man bei den Leistungen der Akrobaten, Athleten und Kautschutmänner sich wirklich in ein Zaubereich versetzt glaubte und erst aus dem angenehmen Traum durch das Fallen des Vorhanges erwachte.

§§ Das hiesige stenographische Kränzchen beging am 26. c. im New-Yorker-Kaffeehause unter dem Vorsitze seines Gründers, des Herrn George Kollm, eines unserer besten und tüchtigsten Stenographen, sein zweites Stiftungsfest.

§§ [Theatralisches.] Die gestrige Opern-Vorstellung war recht zahlreich besucht. Hr. Jungmann und Fr. Frey hatten sich großen Beifalls zu erfreuen. Die ausführliche Besprechung der beiden letzten Opern erfolgt morgen.

§§ Eine Arbeitsfrau wollte gestern früh bei Bastion Luchs im Stadtgraben ihrem Leben ein Ende machen. Da einerseits die ausgebreiteten Röcke sie über Wasser hielten, sie andererseits von der eisigen Kälte des Wassers zu einer bessern Ueberzeugung gekommen sein mochte, so fing sie an um Hilfe zu schreien. Es eilten drei Arbeiter mit Stangen herbei und fishten die Frau heraus.

§§ Der Oberbat Deusing drang in die Wohnung eines Fuhrmannes und mißhandelte ihn. Letzterer lief auf die Straße, wurde aber dorthin auch von D. verfolgt und geschlagen, bis seine Arretirung erfolgte.

— Zu Deutsch-Crone im Regierungsbezirk Marienwerder wird am 1. Dezember cr. eine Telegraphen-Station mit beschränktem Tagesdienste eröffnet werden.

Graudenz, 25. Nov. Gestern wurde vom Magistrat die Wahl eines Directors für die hiesige Realschule, die bekanntlich in ein Gymnasium umgewandelt werden soll, vollzogen. Die Wahl fiel auf den ersten Oberlehrer des Gymnasiums in Spandau Herrn Prorektor Hagemann. Das Direktorat wird einstweilen noch von Herrn Director Jacobi versehen.

Thorn. Die Schüler des hiesigen Gymnasiums haben ihren ehemaligen Direktor Dr. Passow in Streitberg bei Forchheim ein Grabdenkmal setzen lassen. Ueber dem aus Tuffstein zusammengesetzten Grabhügel steht auf einem Marmorsockel ein in gothischem Styl ausgeführtes Kreuz. Auf der Vor-

derseite des Grabhügels ist eine Gedenktafel besetzt, welche in lateinischen Lettern die Inschrift trägt: „Wilhelm Arthur Passow, geb. am 20. März 1814 zu Jenkau bei Danzig, gest. am 3. Aug. 1864 zu Streitberg, Direktor des Königl. Evangel. Gymnasiums und der Realschule 1. Ordnung zu Thorn a. d. Weichsel. — Ihrem theuren Direktor die dankbaren Schüler 1864.“ — Auf der Rückseite des Kreuzes liest man in deutscher Schrift den Vers: „Selig sind die Todten, die in dem Herrn sterben, denn sie ruhen von ihrer Arbeit und ihre Werke folgen ihnen nach. Off. Joh. 14, 13.“

Königsberg. In der Nacht von Donnerstag zu Freitag kam in dem Etablissement „Sage'scher Garten“ vor dem Friedländer Thore Feuer aus und brannte das Wohngebäude vollständig nieder. Der Feuerwehr war es nur noch möglich, dem weitem Umsichgreifen des verheerenden Elements Einhalt zu thun.

Behlau, 21. Nov. Pregel und Alle sind aus ihren Ufern getreten, und ist östlich und südlich von der Stadt das ganze Pregelthal überschwemmt. Er-sichtlicher Schaden ist bisher zwar nicht entstanden, doch befürchtet man solchen, falls die Wasser noch höher steigen sollten.

Stettin, 25. November. Nach einer Mittheilung der „Off. Ztg.“ ist der heutige Abendzug von Berlin bei Caselow entgleist und es ist deshalb von hier aus eine Lokomotive mit einer genügenden Anzahl Wagen dorthin gesandt, um die Passagiere zu holen. Der Unfall ist dadurch herbeigeführt, daß eine Lokomotive, welche von Passow aus vorausgegangen war, wegen Beschädigung der Maschine stecken geblieben war und der Führer versäumt hatte, durch den nächsten Bahnwärter das Haltesignal geben zu lassen. Von den Passagieren ist Niemand beschädigt, dagegen ist der Locomotivführer des Zuges schwer, und der Feuermann weniger erheblich beschädigt. Von den vier Postbeamten, welche den Zug begleiteten, ist einem Conducateur das Schlüsselbein gebrochen, ein zweiter hat eine starke, der dritte eine geringere Kopfverletzung, und der Postsecretair (Dummer) ist ebenfalls beschädigt, so daß er das Bett hüten muß. Als der Zug herankam, war der Feuermann der vorausgegangenen Lokomotive damit beschäftigt, den Schaden an der Maschine zu repariren. Er saß dabei unter derselben und konnte deshalb nicht schnell genug entkommen. Daher warf er sich längs auf den Boden zwischen den Schienen und stand, nachdem der Zug über ihn fortgerollt war, unverfehrt wieder auf. Die beiden Locomotiven sollen ziemlich stark beschädigt sein; auch ein Paar andere Fahrzeuge haben kleine Beschädigungen erhalten. Die Bahn ist unbeschädigt geblieben und weitere Störungen des Betriebes haben nicht stattgefunden.

**Gerichtszeitung.**

— In der nächsten am 1. December beginnenden Schwurgerichtsperiode werden, soweit es bis jetzt bekannt ist, folgende Anlagen zur Verhandlung kommen:

Am 1. Decbr. gegen den Tagelöhner Johann Krefst — wegen Raubes; Verth.: Hr. J. R. Behhorn;

am 2. Decbr. gegen die Schneidergesellen Catharina Resnesowaki — wegen Urkundenfälschung, und gegen die Arbeiter: Laura Seligmann — wegen wissentl. Meineids; Verth.: Hr. J. R. Weiß;

am 3. Decbr. gegen den Maurergesellen Haminowski und die verhebelichte Marianne Haminowski — wegen Brandstiftung; Verth.: Hr. Rechtsanwält Roepell und Hr. J. R. Liebert;

am 5. Decbr. 1) gegen den Versteinerarbeiter Christmann — wegen wissentlichen Meineids; 2) gegen die unverebelichte Valentine Meniga — wegen Kindesmordes; Verth.: Hr. A. Lipke;

am 6. Decbr. gegen den Arbeiter Ferd. Wilh. Klein wegen Mordes; Verth.: Hr. J. R. Walter;

am 7. Decbr. 1) gegen den Pächter Gottl. Gzichke; — wegen vorsätzlicher Brandstiftung; Vertheid.: Hr. J. R. Bötz; 2) gegen den Arbeiter Laschowski — wegen Diebstahls im Rückfall; 3) gegen den Arbeiter Ettau — wegen Diebstahls im Rückfall; 4) gegen den Kaufmann Ferd. Borowski — wegen Hehlerei; Vertheidiger für alle drei: Hr. R. A. Schönau;

am 8. Decbr. 1) gegen den Arbeiter Jakob Marschinski — wegen Erpressung; Verth.: Hr. R. A. Lindner; 2) gegen den Arbeiter Carl Nosalski — wegen schweren Diebstahls im Rückfall; Verth.: Hr. R. A. Lindner; 3) gegen den Eisenbahnschaffner Gustav Hertel — wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit einer ihm als Beamten zur Obhut anvertrauten Person; Verth.: Hr. R. A. Lindner;

am 9. Decbr. gegen den Geschäfts-Commissionär Herm. Heinrich Saal und die Eigenthümer Adam Skelnik und August Lehmann — wegen Criminal-Gericht zu Danzig.

[Antreue Köhinnen.] In der Restauration des Herrn Reinhardt (Gundehalle) dienen zwei Köhinnen, die sich nicht mit ihrer darin bestehenden Function, zu

